



Nicola Beer
Generalsekretärin

**Freie
Demokraten**
FDP

Sehr geehrte Frau Röhl,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Europawahl 2019, deren Eingang wir bereits bestätigt hatten.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

Strukturelle Stärkung des Tierschutzes

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sich der Status für Tiere als empfindungsfähige Lebewesen in Verordnungen und Richtlinien der EU deutlicher niederschlägt? Wenn ja, wie?

Ja. Wir Freie Demokraten stehen für ein Europa des Tierschutzes. Die Verantwortung für eine möglichst leidensfreie Tierhaltung endet nicht an den Grenzen der Mitgliedstaaten. Deswegen setzen wir uns für die kurzfristige Einführung eines verpflichtenden europäischen Tierschutzsiegels ein, welches es den Verbraucherinnen und Verbrauchern einfach und transparent ermöglicht, die an ein tierisches Produkt angelegten Tierschutzstandards zu erkennen.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Tierschutz als ein wesentliches und eigenständiges Politikfeld anzuerkennen (ähnlich wie z.B. beim Umweltschutz)?

Ja, siehe oben.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, ein EU-weites Tierschutzrahmengesetz auf den Weg zu bringen?

Für uns Freie Demokraten ist vor allem die Umsetzung der oben genannten Punkte wichtig. Inwiefern dies in der Praxis besser durch eine neue, einheitliche Tierschutz-Richtlinie oder hinsichtlich der Betroffenheit verschiedener Rechtsgebiete durch die Novellierung bzw. Ergänzung bestehender Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union zu erreichen sein wird, bleibt einstweilen zu prüfen.

Wildtierhandel

Wird sich Ihre Partei für ein Ende des kommerziellen Handels mit Wildfängen einsetzen?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine wirksame Einfuhrkontrolle und einen rechtsstaatlich kontrollierten Handel mit Tieren ein. Die Anhänge I - III des Washingtoner Artenschutzabkommens (CITES) sowie innerhalb der Europäischen Union die Anhänge A bis D zur europarechtlichen Umsetzung der Beschlüsse der CITES-Vertragsstaatenkonferenz bieten grundsätzlich einen geeigneten Rahmen, um zwischen nachhaltigem Handel

und artengefährdendem Handel zu differenzieren. Für manche Arten kann ein nachhaltiger und rechtsstaatlich kontrollierter Handel im Sinne des Prinzips „Schützen durch Nützen“ sogar eine Art Lebensversicherung darstellen, da er ihnen und ihren Habitaten in den Ursprungsländern einen wirtschaftlichen Wert gibt. Insofern lehnen wir ein allgemeines Importverbot für Wildfänge ab. Ein akutes Problem sehen wir jedoch weiterhin bei schon heute illegalen Importen, für die vor allem Deutschland bedauerlicherweise ein wichtiger Absatzmarkt geblieben ist. Wir Freie Demokraten sehen in diesem Zusammenhang in erster Linie ein Vollzugsproblem. Die zuständigen Vollzugsbehörden in Bund und Ländern benötigen neben einer angemessenen Ausstattung auch eine bessere Vernetzung untereinander sowie zusätzliche Fortbildungen und Informationsplattformen, um Zugang zu fehlenden Spezialkenntnissen des rechtsstaatlichen Artenschutzvollzugs zu erlangen.

Werden Sie sich für eine europaweite Positivliste einsetzen, so dass zukünftig nur solche Tierarten privat gehalten werden dürfen, deren tierschutzgerechte Haltung in Privathand möglich ist, die keine Gefahr für unbeteiligte Dritte darstellen und die keine potentiell invasiven Arten sind?

Wir Freie Demokraten lehnen starre artenbezogene Haltungsverbote im Wege von Positiv- und Negativlisten ab, weil wir der Überzeugung sind, dass sie unverhältnismäßig sind und allenfalls zu einem schwer zu kontrollierenden grauen Markt führen. Dem Tier- und Artenschutz wäre damit nicht geholfen. Stattdessen wollen wir die Sachkunde von Tierhaltern fördern und auch verstärkt einfordern. In diesem Sinne sind wir offen gegenüber praktikablen Stufenmodellen, die für ausgewählte Tierarten je nach Höhe von Haltungsansprüchen und Haltungsrisiken zusätzliche Informationspflichten für Tierhaltende bis hin zu verpflichtenden Sachkundenachweisen und Fortbildungen bei zertifizierten Anbietern oder Amtstierärzten vorsehen.

Werden Sie sich für die Einführung eines Gesetzes einsetzen, das den Handel mit Tierarten, die nationalrechtlich unter Schutz stehen und nicht legal exportiert wurden, unter Strafe stellt, vergleichbar mit dem Lacey Act?

Ja. Eine mit dem amerikanischen Lacey Act vergleichbare EU-Richtlinie wäre ein sinnvoller Schritt, um internationale Rechtslücken im Sinne des Artenschutzes zu schließen.

Jagd

Strebt Ihre Partei eine Vereinheitlichung des Jagdrechts in der EU an, um den Schutz der Wildtiere von quälereischen Jagdpraktiken zu verbessern?

Aufgrund der regionalen Unterschiede, zum Beispiel wegen der geographischen Gegebenheiten, verschiedener Wildarten, Rechtssysteme und Jagdtradition sollte die Jagd weiterhin in den Mitgliedsländern der Europäischen Union geregelt werden. Dies entspricht auch dem Gedanken der Subsidiarität.

Spricht sich Ihre Partei für ein generelles Verbot des Abschusses von Zugvögeln aus? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Wolf streng geschützt bleibt und der Abschuss verboten?

Nein, ein generelles, EU-weites Verbot der Bejagung von Zugvögeln fordern wir nicht, zumal viele der problematischen Jagdpraktiken in Südeuropa dort bereits heute illegal sind. Es liegt also eher ein örtliches Vollzugs- denn ein Gesetzesdefizit vor. Wir Freie Demokraten haben im Deutschen Bundestag und in den Ländern gefordert, den Wolf ins Jagdrecht zu übernehmen. Dies soll nicht nur deklaratorisch erfolgen, vielmehr fordern wir auch eine jagdliche Bewirtschaftung des Wolfes. Da inzwischen ein günstiger

Erhaltungszustand gegeben ist, auch wenn der Wolf noch nicht alle geeigneten Lebensräume in Deutschland besiedelt hat, ist es sinnvoll, den Wolf in Deutschland als Anhang-V-Art der FFH-Richtlinie einzustufen.

Die EU-Staaten haben sich zu einem gemeinsamen Vorgehen zum Import von Jagdtrophäen geeinigt. Wird sich Ihre Partei für ein Importverbot von Jagdtrophäen geschützter Tiere einsetzen?

Wir Freie Demokraten stehen zum Washingtoner Artenschutzabkommen. Die Einfuhr geschützter Tiere ist danach nur gestattet, wenn das (souveräne) Ausfuhrland eine entsprechende Erlaubnis (Cites – Bescheinigung) erteilt (so genanntes präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt). Jede Einfuhr bedarf der Genehmigung durch das Bundesamt für Naturschutz, die nur erteilt wird, wenn die rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Die nachhaltige Jagd ist in vielen Ländern ein wichtiger Wirtschaftszweig, der es den dortigen Menschen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben ohne Hilfe aus dem Ausland zu führen. Ein totales (repressives) Verbot würde zu unkontrolliertem Schwarzmarkt und Wilderei führen, die in vielen Ländern bereits erfolgreich bekämpft worden ist. Wir Freie Demokraten lehnen daher ein totales Importverbot ab.

Pelz

Wird sich Ihre Partei für ein EU-weites Pelztierfarmverbot einsetzen? Wenn ja, wie?

Nein, ein solches Verbot planen wir zurzeit nicht.

Wird sich Ihre Partei für eine erweiterte Kennzeichnungspflicht von Pelzen, die Tierart, Herkunftsland und "Produktion" des Pelzes klar benennt, einsetzen?

Bei diesem Thema sehen wir Freie Demokraten eher ein Vollzugsdefizit. Die deutschen Länder haben das zum 15. Februar 2016 in Kraft getretene Textilkennzeichnungsgesetz des Bundes, das die nationale Umsetzung der Europäischen Kennzeichnungsverordnung darstellt, bisher unzureichend umgesetzt. Erst wenn alle 16 Länder die behördlichen Zuständigkeiten für die einschlägigen Marktüberwachungsaufgaben geklärt haben, können die Wirksamkeit des Gesetzes sowie die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten in der Fläche ernsthaft evaluiert werden. Insofern üben wir Freie Demokraten, wo dies möglich ist, Druck auf die zuständigen Landesregierungen aus.

Elfenbein

Lehnt Ihre Partei den Handel mit Elfenbein ab? Wenn nein, warum?

Deutschland und die Europäische Union sind im Zusammenhang mit Elfenbein und Nashorn weniger als Absatzmarkt denn als Drehscheibe für einschlägige Transporte relevant. Denn die Zielmärkte für Elfenbeinerzeugnisse aus Afrika liegen heute zum deutlich überwiegenden Teil in Asien. Mit Blick auf die bürokratischen Auswirkungen eines totalen Handelsverbots für Elfenbein auf historische Musikinstrumente und Möbel halten wir Freie Demokraten daher eine weitere Verschärfung der Ausfuhrregulierung in Verbindung mit einer höheren Kontrolldichte für verhältnismäßiger und ebenso zweckmäßig.

Setzt sich Ihre Partei aktiv für ein Verbot des Handels mit Elfenbein in der EU ein? Wenn ja, wie?

Nein, siehe oben.

Haltung von Tieren in Zoos

Setzt sich Ihre Partei für eine Präzisierung (im Sinne von Verbesserungen der Haltungsbedingungen für Zootiere nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft) der EU-Zoorichtlinie ein? Wenn ja, wie?

Die EU-Zoorichtlinie samt ihrem bewusst subsidiären Ansatz ist bereits ein erheblicher Fortschritt, da sie sowohl für die Haltung und Erforschung von Wildtieren in Zoos als auch für die grundlegenden Betriebsgenehmigungen für Zoos erstmals einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen gesetzt hat. Vor den nationalen Umsetzungen der EU-Richtlinie gab es in einer Vielzahl der EU-Mitgliedsstaaten überhaupt noch keine einschlägigen Gesetze. Insofern können wir uns eine Weiterentwicklung im Sinne einer behutsamen Angleichung der Standards vorstellen, legen jedoch Wert darauf, dass dies hinsichtlich der unterschiedlichen Entwicklungsstände in realistischen und praktikablen Schritten erfolgen muss.

Setzt sich Ihre Partei für ein Ende der Haltung von Walen und Delfinen in Gefangenschaft ein? Wenn ja, wie?

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Haltung von Delfinen und Walen stets nach höchsten Standards erfolgt, ein striktes Haltungsverbot lehnen wir jedoch nicht zuletzt mit Blick auf Forschungstätigkeiten ab. Denn viele wichtige Forschungsprojekte in Zoos dienen dem Tierschutz in der freien Wildbahn. So konnten die beim offshore-Windenergieausbau bedeutsamen deutschen Lärmschutzwerte für den marinen Lebensraum durch Studien eines deutschen Wissenschaftlers, der Höruntersuchungen an Schweinswalen in einem Zoo durchgeführt hat, begründet werden.

Befürworten Sie die Anerkennung der Grundrechte Großer Menschenaffen?

Wir Freie Demokraten treten für einen hohen Schutzstatus von Menschenaffen ein. Die Anerkennung von Grundrechten jedoch ist unserer Auffassung nach an die Fähigkeit zu einem Minimum an Teilhabe an der menschlichen Gesellschaft geknüpft, weswegen wir hier eine Gleichstellung von Menschenaffen nicht geboten sehen.

Tierversuche

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Tierversuche generell stärker zu reglementieren? Wenn ja, wie?

Für uns Freie Demokraten steht außer Frage, dass Tierversuche auf absehbare Zeit noch wissenschaftlich erforderlich sein werden, vor allem bei der Erforschung der Wirkung von Arzneimitteln auf einen Gesamtorganismus. Gleichzeitig stellen wir fest, dass der „Verbrauch“ von Versuchstieren nach wie vor viel zu hoch ist. Mit Blick auf mögliche Verlagerungen von Forschungsaktivitäten in Drittstaaten sehen wir es daher als entscheidende Aufgabe im Sinne des Tierschutzes an, für eine angemessene Finanzierung der Erforschung von Alternativmethoden zu sorgen, um den Bedarf an Tierversuchen grundsätzlich zu verringern, anstatt ihn durch verschärfte Vorgaben einfach aus der Europäischen Union in andere Regionen der Welt zu verdrängen. Gerne sind wir Freien Demokraten bereit, auch innerhalb des EU-Haushaltes für ein entsprechendes Budget einzutreten, wir werben jedoch vor allem auch in Ländern und Bund dafür.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Anzahl an Tierversuchen zu verringern? Wenn ja, wie?

Ja, wie oben dargestellt, durch eine verstärkte Förderung der Erforschung von Alternativmethoden.

Wird sich Ihre Partei für das Vorankommen einer tierversuchsfreien Forschung (Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch) einsetzen? Wenn ja, wie?

Ja, wie oben dargestellt, durch den Einsatz für die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel von Ländern, Bund und EU.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Tierversuchen für Haushaltsmittel einsetzen?

Nein, siehe oben.

Wird sich Ihre Partei für ein generelles Verbot von Tierversuchen mit dem Schweregrad 3 (schwer) ohne Ausnahmen einsetzen?

Nein, wir halten die Möglichkeit einer behördlichen Ausnahmegenehmigung bei Darlegung besonderer wissenschaftlicher Gründe für einen einschlägigen Versuch weiterhin für erforderlich und angemessen.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Tierversuchen an Primaten einsetzen?

Nein, siehe oben.

Erhalt natürlicher Ressourcen

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot gefährlicher Pestizide einsetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Wir Freie Demokraten wollen ein einheitliches, auf neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen basierendes EU-Verfahren zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln erreichen, um gleichermaßen zügige wie methodisch korrekte Zulassungsverfahren zu ermöglichen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe in allen Mitgliedstaaten herzustellen. Die Risikobewertung einzelner Wirkstoffe sollte jedoch unserer Auffassung nach von den zuständigen Behörden streng wissenschaftlich vorgenommen werden und nicht Gegenstand parteipolitischer Diskussionen sein.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Glyphosat in Zukunft nicht mehr von der EU zugelassen wird?

Wie bereits dargestellt sehen wir Freie Demokraten die Risikobewertung einzelner Wirkstoffe des Pflanzenschutzes nicht als parteipolitische Aufgabe, sondern als Aufgabe der zuständigen Bewertungsbehörden an.

Abschließende Frage

Welche tierschutzrelevanten Themen – außer den bereits angesprochenen – sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig, und welche Initiativen werden Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?

Wir Freien Demokraten setzen uns für die mittelfristige Einführung einheitlicher europäischer Tierhaltungsstandards ein. Insbesondere die Regelungen zum Tiertransport bis zum endgültigen Beförderungsort müssen auch dann eingehalten werden, wenn dieser außerhalb der Europäischen Union (EU) liegt. Lebendtierexporte an Ziele außerhalb der EU, die nicht die europa-rechtlichen Mindeststandards zum

Schutz der Tiere einhalten, müssen unterbunden werden. Wir fordern eine verstärkte europaweite Kontrolle der Einhaltung dieser Vorschriften.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Europawahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Nicola Beer". The signature is written in a cursive, flowing style with a long horizontal stroke extending to the right.

Nicola Beer MdB
Staatsministerin a.D.
Generalsekretärin

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261

programm@fdp.de

www.fdp.de